

Illegale Straße: Esens will Land verklagen

Stadt fordert 4,1 Millionen Euro Schadensersatz, Umweltministerium hofft auf eine Einigung

Von Marco Seng

Hannover. Der seit Jahren andauernde Streit um die Umgehungsstraße von Benersiel (Kreis Wittmund) nimmt eine unerwartete Wendung. Die Stadt Esens, zu der Benersiel gehört, will jetzt das Land auf Schadensersatz verklagen. Bisher hatten sich fast alle Klagen wegen der illegal durch ein EU-Vogelschutzgebiet gebauten Straße gegen Esens selbst gerichtet – und fast alle Prozesse hat die Stadt verloren.

Stadtdirektor Harald Hinrichs (parteilos) kündigte die Millionenforderung in dieser Woche an. „Wir beabsichtigen, das Land Niedersachsen auf Schadensersatz über 4 Millionen Euro zu verklagen“, sagte Hinrichs. Bei der genannten Summe handele es sich um die in allen bisherigen Verfahren und durch den Bau entstandenen Kosten abzüglich der für den Bau der Entlastungsstraße erhaltenen Fördergelder. Der Rat der Stadt Esens muss allerdings noch zustimmen.

Verjährungsfrist endet

Das Umweltministerium in Hannover gibt sich gelassen. „Wir gehen nicht davon aus, dass es zu einer Klage kommt“, sagte Ministeriumssprecherin Justina Lethen der HAZ. Man wisse zwar, dass die Stadt eine Klagschrift vorbereitet habe, beide Seiten hätten aber eigentlich kein Interesse an einem Rechtsstreit. Für das Ministerium kommt die Drohung nicht unerwartet: Die Verjährungsfrist für eine Klage laufe Ende des Jahres aus, sagte Lethen. Würden sich Land und Stadt nicht über eine erneute Verlängerung dieser Frist einig, verliere Esens alle möglichen Schadensersatzansprüche.



Gesperrte Umgehungsstraße von Benersiel: „Ein Trauerspiel der kommunalen Selbstverwaltung.“

FOTO: MOHSSEN ASSANIMOGHADDAM/DPA

„Es sieht so aus, als ob die Verantwortlichen in der Stadt Esens erneut mit der Parole ‚Halt den Dieb‘, der jetzt in Hannover verortet wird, von der eigenen Verantwortlichkeit ablenken wollen“, sagte Manfred Knake vom Wattenrat der HAZ. Das sei ein Trauerspiel der kommunalen Selbstverwaltung. Die Naturschutzorganisation hatte von Anfang an gegen den Bau der Straße gekämpft. Allen Beteiligten sei seit 2003 bekannt gewesen, dass die Straßenplanung in einem „fakti-

schon Vogelschutzgebiet“ erfolgte und damit rechtswidrig sein müsse, weil vor der Ausweisung des Schutzgebietes weder geplant noch gebaut werden dürfe, erläuterte Knake.

Tatsächlich waren die Straße und ein benachbarter Golfplatz bei der Meldung des Vogelschutzgebietes V 63 „Ostfriesische Seemarschen zwischen Norden und Esens“ an die EU im Jahr 2006 ausgespart worden. Die Stadt macht den damaligen Umweltminister Hans-Heinrich Sander

rechtsuntreues Verhalten“ beschuldigt, weil die Stadt diese Urteile weitestgehend ignoriert hat. Der pensionierte Richter aus Dortmund hat sein Land inzwischen zurück erhalten und die Straße sperren lassen, was die Stadt allerdings auch nur halbherzig umgesetzt. Im schlimmsten Fall droht ein Abriss der 2,1 Kilometer langen und mehr als 8 Millionen Euro teuren Trasse. Esens versucht das jetzt mit einem weiteren Bebauungsplan zu verhindern.